

# BAUERNKRIEGE 2.0 | VON UWE G. KRANZ

*Posted on 18. Juli 2022*

### *Ein Standpunkt von **Uwe G. Kranz**.*

Steuern wir auf eine Neuauflage der Bauernkriege zu? Wird der „gemeine Mann“ nach etwas mehr als 500 Jahren erneut aus ökonomischen Gründen revoltierend, um am Ende wieder grundlegende Forderungen nach Menschenrechten zu erheben (die damaligen „Zwo lf Artikel der Bauernschaft in Schwaben“ gehören zu den Forderungen, welche die Bauern im deutschen Bauernkrieg 1525 in Memmingen gegenüber dem Schwa bischen Bund erhoben und gelten, nach der Magna Carta von 1215, als eine der ersten niedergeschriebenen Forderungen nach Menschen- und Freiheitsrechten)? Das Epizentrum der wütenden Bewegung ist derzeit allerdings, anders als damals, nicht der Südosten Deutschlands, sondern der Westen und Südens Europas: die Niederlande vorneweg, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien – aber inzwischen auch Polen. Und, übrigens, auch die USA.

 ber 40.000 niederländische Bauern demonstrieren seit Anfang Juli gegen das „Brüsseler Nitratdiktat“, Tausende Traktoren stauen sich auf holländischen Straßen und Autobahnen und in fast allen Städten. Der deutsche Konsument der Systemmedien erhascht allenfalls Randnotizen der sich gewaltig entwickelnden Bewegung – und müsste doch so dringend über den EU-Unsinn informiert werden, der sich da zusammenbraut. Sichtbarer Auslöser war wohl die „Verordnung EU1258/20211 der Kommission vom 2.Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1881/2006 bezüglich der Höchstgehalte für Lebensmittel“. Präziser: Es ging um den Nitratgehalt von Salat und Spinat, den ein spezielles „EU-Gremium für Kontaminanten in der Lebensmittelkette“ (genannt „das Gremium“) nach einer längeren Gefahren-Nutzen-Abwägung in einem „wissenschaftlichen Gutachten“ zwar als grundsätzlich unproblematisch einstufte... aber: Es könnte ja sein, dass dies bei Säuglingen und Kleinkindern anders sei.

### **Spinatverzehr aus B rokratensicht**

Also wurde – so funktioniert die EU – eine zusätzliche Studie in Auftrag gegeben, die dann zwei Jahre später ebenfalls zu dem Schluss kam, dass die geltenden amtlichen Höchstgehalte „gesundheitlich insgesamt unbedenklich seien, obgleich eine Gefahr für Säuglinge, die mehr als einmal am Tag Spinat verzehren, nicht ganz ausgeschlossen werden“ könne – wohlgemerkt bei Konsum von mehr als 200 Gramm Spinat am Tag. Popeye

lässt grüßen! Als Ergebnis dieser mehrjährigen höchst wissenschaftlichen Bürokratie-Orgie wurde den Mitgliedsstaaten schließlich eine Überwachungs- und Meldepflicht des Nitratgehalts von Gemüse an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) auferlegt. (Zum Hintergrund Trinkwasser ebenso wie Mineralwasser darf höchstens 50 mg Nitrat im Liter enthalten. Wasser mit dem Hinweis auf eine Eignung für die Säuglingsernährung darf maximal 10 Milligramm Nitrat im Liter enthalten. Der Nitrathöchstwert für Beikost für Säuglinge und Kleinkinder ist mit 200 Milligramm je Kilogramm festgelegt. Der zugelassene Höchstwert für Tiefkühlspinat liegt zurzeit bei 2.000 Milligramm und für frischen Spinat aus dem Freiland bei 2.500 Milligramm, bzw. für Spinat aus dem Treibhaus bei 3.000 Milligramm pro Kilogramm.)

Der Nitratgehalt ist stark abhängig von der Speicherfähigkeit der Pflanzen (Spinat, Mangold, Rote Bete, Rettich, Radieschen, Feldsalat, Rucola, Kopfsalat oder Eisbergsalat speichern ihn besonders gut), der Bodenbeschaffenheit (dem natürlichen Nitratgehalt), den jeweiligen Lichtverhältnissen oder den Temperaturen. Alles Dinge, die die Bauern der regenerativen Landwirtschaft genau kennen, über die sie weitaus besser Bescheid wissen als Eurokraten und die sie zur Ertragssicherung beim Einbringen organischer Dünger (Gülle) oder Mineraldünger seit Generationen berücksichtigen. Nicht der Dünger ist das Problem, sondern seine Dosierung – so wie auch nicht die Kühe das Problem sind, sondern die Industrialisierung der Viehhaltung. Das bessere Ziel wäre also in jeden Fall, die Landwirtschaft stärker auf ein umfassend regeneratives System einzuregulieren. Das dauert einige Zeit – und das ist genau das Gegenteil von dem, was Klaus Schwab & Konsorten wollen.

### **Die eierlegende Wollmilchsau, bitte flugfähig!**

Der [Umsetzungsbericht vom Oktober 2021](#), der sich auf den Zeitraum von 2016 bis 2019 bezieht, weist weiterhin auf Überdüngungsprobleme in vielen Teilen der EU hin. Auch in Deutschland überschritten die Werte der – übrigens viel zu wenigen und auch durchaus nicht repräsentativen – Grundwasserüberwachungsstellen zu einem hohen Prozentsatz immer noch die Höchstgrenze von 50 Milligramm Nitrat pro Liter. Nach Schätzungen (!) der Europäischen Umweltagentur (EUA) seien die Grenzwerte für Stickstoffverlust um den Faktor 3,3 überschritten. Die bislang erzielten Fortschritte zur

Erreichung der Ziele bis 2030 (für Weltwirtschaftsforum, UN und EU offensichtlich ein magisches Jahr!) genügen den Brüsseler Kommissionären aber nicht, um ihren „Green-Deal“ zu verwirklichen. Gleichzeitig sollen die Nährstoffverluste um mindestens 50 Prozent verringert, die Bodenfruchtbarkeit erhalten, die EU-„Nitratrichtlinie“ 91/676/EWG zum „Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen aus landwirtschaftlichen Quellen“ verwirklicht, die Energiewende gestemmt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 55 Prozent gesenkt, die millionenfache E-Mobilität eingeführt, die „Klimaneutralität“ bis 2045 erreicht sowie, durch umweltzerstörende Wind- und Solarparks, die letzten vorhandene Kohle- und unsere letzten drei Kernkraftwerke (noch in diesem Jahr!) ersetzt werden.

Der unbedingte Wille zum Ausstieg aus der fossilen Energie ist dabei der heilige Gral unserer ideologischen Phrasendrescher. Unsere dyskalkulatorischen Politiker leben wohl immer noch in Pippi Langstrumpfs Welt und haben, wie jene, mit „Plutimikation“ nichts am Hut: „Zwei mal drei macht vier, widde widde witt und drei macht neune, ich mach' mir die Welt, widde widde wie sie gefällt.“ Was kann man von einem Wirtschafts- und Klimaschutzminister auch anderes erwarten, der über „literarische Ästhetizität“ zum Dr. Phil. promoviert wurde und es im wirklichen Leben gerade mal zum Kinderbuchautor brachte, bevor er die Berufspolitik als Lebensinhalt entdeckte?

### **Die Gangart verschärfen**

Jedoch schwindet die rotgrünpinkfarbene Hoffnung, die eierlegende Wollmilchsau nun auch noch flugfähig machen zu können, zunehmend – auch auf EU-Ebene. Die „Erfolgsbilanz“ der Kommissionspräsidentin Uschi von der Leyen gerät ins Wanken, und alleine von daher muss die Gangart verschärft werden – ganz gleich, ob aktuell oder in naher Zukunft Energie- und Nahrungsmittelknappheit besteht oder nicht.

Inzwischen wehren sich immer mehr europäische Bauern gegen den globalistischen Plan, die Lebensmittelproduktion und -versorgung Europas zu zerstören, die Volkswirtschaften in ihren Ländern radikal zu verändern und die moderne Landwirtschaft zu Grabe zu tragen.

In den Niederlanden begann diese Gegenbewegung, weil die Forderungen des neuen Ministers für Natur und Stickstoff (!) besonders radikal sind: Die Ammoniakverschmutzung will er bis 2030 halbieren, indem

die Stickstoff- Emissionen je nach Provinz um 12 Prozent bis unglaublichen 95 Prozent eingedämmt, die Anzahl der Rinder, die ein Bauer halten darf, um 30 Prozent reduziert und der Einsatz stickstoffhaltiger Düngemittel verboten werden. Den Landwirten wird angedroht, andernfalls ihre Rinderfarmen zwangsweise zu demontieren. Dies kommt einem Todesurteil für viele bäuerliche Betriebe gleich, die verkleinerte Herden finanziell nicht verkraften können – weil ihnen keine „kreativen Lösungen“ eingefallen sind, um die Emissionsbeschränkungen zu erfüllen; angesichts der ohnehin angespannten Lage auf dem Düngemittelmarkt ein Hohn.

### Verdächtiges Timing

Dafür spricht auch das regierungsamtliche Timing: Im Namen des Umweltschutzes die Aufzucht von über vier Millionen Rinder gerade jetzt derart drastisch zu attackieren, wirkt angesichts der weltweiten Nahrungsmittelknappheit und Hungersnot schier schizoid. Erst bei genauerem Hinsehen entdeckt man das Kalkül dahinter: Fleisch wird so zum Luxusgut gemacht, an seine Stelle sollen perspektivisch dann „synthetische“ Alternativen und Insektenproteine treten – ganz so, wie das Weltwirtschaftsforum es im Ernährungsplan von Klaus Schwabs „Great Reset“ vorgibt. Merken Sie was? Es geht nicht um die grüne Agenda zur Verbesserung der Luft-, Boden und Wasserqualität, es geht um ein betrügerisches und zerstörerisches Greenwashing- Projekt, es geht um Zuteilung, Kontrolle und Diktat!

Spätestens dann, wenn man den „Reset-The-Table“-Report der Rockefeller Foundation vom Juli 2020 – also lange vor den russisch-ukrainischen kriegesischen Aktionen und sehr kurz nach der Ausrufung der Covid-Pandemie – liest, in dem eine „unvermeidliche Nahrungsmittelknappheit“ diagnostiziert und dementsprechend gefordert wird, das globale Lebensmittelsystem entsprechend umzugestalten, muss man bösgläubig werden. Es soll weltweit ein umfassendes Regelwerk für das Lebensmittelsystem geschaffen werden, das auch Themen wie „existenzsichernde Löhne, Wohnen und Verkehr“ umfassen soll – mir schwant Fürchterliches.

### Billiges Bau- oder Brachland mit Hintergedanken?

Den Bauern anzubieten, Acker und Hof „freiwillig“ gegen eine „Entschädigung“ an den Staat abzugeben, die jedoch nur dann gezahlt wird, wenn sie feierlich zusichern, nie wieder (!) Landwirtschaft betreiben zu

wollen, und ihnen gleichzeitig anzudrohen, dass ihr Eigentum ansonsten vom Staat beschlagnahmt werde, erinnert an die rauen Sitten des Wilden Westens, an das brutale Vorgehen der Rinderbarone gegen Siedler und Farmer. Das ist unverschämt und zynisch, das ist staatlicher Landraub und Erpressung!

Der Schutz der Umwelt ist deshalb vielleicht auch nur das Feigenblatt derer, die billiges Bauland erschachern wollen. Wird dieses womöglich für die rund 10 Millionen Migranten gebraucht, die nach den Plänen von WEF, UN, EU und der deutschen rotgrünenpinkfarbenen politmedialen Kabale bis 2030 als billige Arbeitskräfte Europa fluten sollen? Oder soll hier langfristig Brachland entstehen – damit die Menschen in Kürze nicht nur frieren und immobil werden, sondern in staatlichen Wärmehallen gemeinsam hungern dürfen, solange, bis sie Insektenburger akzeptieren? Werden etwa gerade darum die Niederlande, das zweitgrößte Agrar-Exportland Europas, zum Kernziel dieser EU-Klimaschutzpolitik gemacht? Haben wir es hier in Wirklichkeit mit einer geheimen, feindlichen Übernahme der europäischen Lebensmittelproduktion zu tun? Oder geschieht das etwa nur, weil Premierminister Mark Rutte ebenfalls ein WEF-„Minion“ ist (siehe „2030 – You’ll own nothing and you’ll be happy?“)?

### **Achtung – seit dem 7. Juli wird scharf geschossen!**

Die Bauernproteste aus Friesland haben jedenfalls rasch Nachahmer und Unterstützer gefunden. Landwirte aus dem Nachbarland Belgien, aus Frankreich, Spanien, Polen, Italien und selbst aus Kanada („Trucker, Farmer, Freedom!“), erkannten früh den Ernst der Lage. Sie sahen die verheerenden Folgen, die den Verbrauchern drohen, die schon jetzt unter horrenden Erhöhungen der Lebensmittelpreise ächzen, und prophezeiten plündernde Horden zumindest im urbanen Bereich. Sie erkannten die tiefgreifenden Folgen dieser destruktiven Klimapläne, warnten vor den drohenden Verlusten von Hunderten Arbeitsplätzen, die bei den Konkursen der (holländischen) Bauernhöfe, Viehzuchtbetriebe und in den damit zusammenhängenden Wirtschaftsbereichen drohen, und wiesen auf die immense Gefahr für die Ernährungssicherheit der Bevölkerung hin. Tausende Traktoren versperrten niederländische Bundesstraßen, Autobahnen, Flughäfen und Grenzübergänge; Abertausende Demonstranten skandierten „Wir sind keine Sklaven“; Die westfriesische Insel Texel proklamierte sogar eine eigene Republik (die allerdings kaum Bestand haben dürfte). Selbst über eine eher symbolische „Eroberung“ eines Jagdfliegers

(F16) der niederländischen Luftwaffe (mit einer gewissen Duldung seitens des Militärs) wurde berichtet; holländische Fischer zeigten Solidarität und blockierten Häfen. Ach ja: Auch Gülle-Attacken gegen eine Politikerwohnung und das Rathaus in Lochem kamen vor (lag ja auch irgendwie nahe).

Die Polizei ging ungewohnt hart gegen diese Demonstrationen vor, sah darin eher einen „Bauernaufstand“, den sie gleichsam wie terroristische Attentate behandelte. Von Verständnis, Einsicht oder Empathie seitens der Staatsmacht keine Spur. Knüppel frei und auf sie mit Gebrüll! Nachweislich versuchten Behörden auch, mit üblen Undercover-Einsätzen das Geschehen zusätzlich anzuhetzen: Polizeibeamte in Zivil sollten als angebliche Demonstranten, Schläger und agents provocateurs in die Menge eingeschleust werden! Bloß waren sie dabei dumm und ungeschickt zugleich – denn dass sie aus Polizeifahrzeugen ausstiegen, wurde gefilmt, die Demonstranten entdeckten und isolierten sie auch schnell, und bei ihrer anschließenden Flucht mit dem Polizeiwagen wurden sie nochmals gefilmt. Nur noch peinlich! Erneut muss ich mich nach über 40-jährigem Polizeidienst fremdschämen – für Polizisten, die solche Befehle gedankenlos befolgen, für Polizeiführer, die sie anordnen und glauben, damit politischen Vorgaben folgen zu müssen („Prädominanz der Politik“) und Politikern, die solche polizeiliche Strategien und Taktiken einfordern und sehenden Auges das ihnen anvertraute Land in den wirtschaftlichen Ruin treiben.

### **Enteignung auch deutscher Landwirte?**

Und dann fiel auch noch der Schuss eines durchgeknallten Polizisten auf einen 16-jährigen Jungbauern, der mit seinem Traktor schon auf dem Heimweg war. Die Kugel steckte in Kopfhöhe in der metallenen Rahmenkonstruktion seines Führerhauses. Unter dem ebenso fadenscheinigen wie schnell und einfach widerlegbaren Vorwurf, er habe „Polizeibeamte mit seinem Traktor rammen“ wollen, wurde er zunächst wegen versuchten Totschlags festgenommen, musste aber schon am nächsten Morgen entlassen werden. Übrigens: Erst mit dieser „Polizeiaktion“ schafften es die Ereignisse in unseren Nachbarländern nach tagelangem Verschweigen und Verharmlosen endlich auch in unsere Systemmedien.

Deutsche Bauern stießen, vielleicht auch deshalb, erst spät hinzu: Dazu bedurfte es am 8. Juli erst noch der – von der politmedialen Nomenklatura kaum beachteten – Zustimmung des Bundesrates zur

Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung besonders nitratbelasteter Gebiete, die im Grunde das Gleiche regelt wie das niederländische Gesetz. Sobald die Bundesregierung die kleineren, vom Bundesrat geforderten fachlichen Änderungen umgesetzt hat, kann sie diese Verwaltungsvorschrift in die Praxis umsetzen. Deshalb geht jetzt geht auch in Deutschland bei den Bauern die Angst vor der EU-Nitratverordnung, der deutschen Düngeverordnung (DüV) und den Folgen des laufenden EU-Vertragsverletzungsverfahrens um. Gleichzeitig steigt die Wut über das unverständliche, unzureichende nicht repräsentative und damit bauernfeindliche typisch deutsche „Belastungsmessstellennetz“ (ein Erbe übrigens der damaligen Umweltministerin Angela Merkel) und über die jahrzehntelangen politischen Versäumnisse im Gewässerschutz. Die Folgen: In den „roten Gebieten“ mit zu hohen Nitratwerten drohen auch den deutschen Bauern Enteignungen.

Der Zorn der Landwirte wächst mit steigender Erkenntnis der komplexen Zusammenhänge. Was als Demonstration aus Solidarität mit den niederländischen Bauern begann, wird nun auch in Deutschland und in anderen EU-Mitgliedsstaaten mit anderen Augen gesehen: Mit den Augen der unmittelbar Betroffenen, mit den Augen derer, deren Existenz vom Staat vernichtet wird. Wird, wer sich der Impfung verweigern kann, letztlich verhungern und Opfer eines womöglich geplanten „Holodomor“ werden? Das brisante Thema hat jedenfalls gerade erst Fahrt aufgenommen.

+++

Dieser Beitrag erschien zuerst am 15. Juli 2022 [bei ansage.org](https://www.bei-ansage.org)

+++

Wir danken dem Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Bildquelle: [ingehogenbijn](#) / shutterstock